

TTIP – Das umstrittene Abkommen

Prof. Dr. Klaus Buchner

**Mitglied des Europäischen Parlamentes,
informiert:**

**Freitag, 25. September 2015 – 18.00 Uhr
Gasthof „Zur Post“ in Freyung**



Foto: K. Buchner

**Was verbirgt sich hinter diesem geplanten
Handelsabkommen mit den USA?**

Welche Folgen sind zu befürchten?

Was können wir dagegen tun?

**Die gesamte Bevölkerung ist herzlich zu dieser
Informationsveranstaltung eingeladen!**

Der Eintritt ist frei.

Wozu ein Freihandelsabkommen?

Wichtigstes Ziel von TTIP ist nicht, Zölle abzuschaffen. Denn Zölle werden jetzt schon zwischen den USA und der EU kaum erhoben. Vielmehr geht es um Angleichung von Vorschriften, um Export und Gewinn zu erhöhen.

Heißt also: Möglichst niedrige Standards bei Umwelt- und Verbraucherschutz, beim Naturschutz und beim Arbeitsrecht! Unternehmerverbände aus den USA fordern z.B. Zulassung gentechnisch veränderter Nahrung ohne Kennzeichnung!



Warum Geheimverhandlungen?

Die Verhandlungen werden im Geheimen geführt. Außer den Delegationen der USA und der EU sitzen noch rund 600 Vertreter von Lobbyverbänden mit am Verhandlungstisch.

Heißt also: Nicht einmal Abgeordnete des EU-Parlamentes und des Bundestages werden eingehend informiert. Die SZ berichtet Mitte August: „TTIP- Dokumente unter Verschluss: EU-Kommission will weitere Enthüllungen im Netz verhindern.“ WARUM?



Warum geheime Schiedsgerichte?

Fühlt sich ein Unternehmen durch nationale Gesetze und strenge Vorschriften (z.B. Verbraucherschutz) in den „erwarteten künftigen Profiten“ eingeschränkt, kann es klagen. Dieses Schiedsgericht soll aber kein ordentliches Gericht mit unabhängigen Richtern sein.

Heißt also: Internationale Konzerne könnten durch die geplanten privaten Schiedsgerichte versuchen, ihre wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen. Wird ein Staat verurteilt, muss natürlich der Steuerzahler für die verhängte „Strafe“ aufkommen!



Was bedeutet das für die Kommunen?

Bei TTIP wird gefordert, möglichst alle kommunalen Einrichtungen zu privatisieren.

Heißt also: Wasser-, Strom und Wärmeversorgung, Abfallwirtschaft, Krankenhäuser oder Schulen würden der kommunalen Verantwortung entzogen. Kommunen können sich – durch Androhung eines Schiedsgerichtsverfahrens – kaum gegen unliebsame Unternehmen wehren (z.B. bei Fracking).



ödp

www.klausbuchner.eu
www.freyung-grafenau-oedp.de

V.i.S.d.P.: ÖDP-Kreisverband Freyung-Grafenau,
Renate Ruhland, Winterberger Str. 20, 94078 Freyung